

A1

Antrag

Initiator*innen: Gregor Laukert (OG Altmark)

Titel: Auflösung der GRÜNE JUGEND Altmark und
Gründung der GRÜNE JUGEND Stendal

Antragstext

1 Die GRÜNE JUGEND Altmark wird als Ortsgruppe aufgelöst. Die
2 Mitgliederversammlung erkennt die GRÜNE JUGEND Stendal (kurz GJ Stendal) als
3 eine Ortsgruppe der GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt an. Diese umfasst das Gebiet des
4 Landkreises Stendal.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag

Initiator*innen: Annika Bachmann

Titel: Menschenrechte Jordanien

Antragstext

1 Wir, die Grüne Jugend Sachsen-Anhalt, verurteilen die zunehmenden
2 Menschenrechtsverletzungen in Jordanien und solidarisieren uns mit den
3 friedlichen Aktivist*innen, die sich vor Ort und in Deutschland für Demokratie
4 und eine aktive Zivilgesellschaft einsetzen.

5 Um den Ansprüchen einer an den Menschenrechten orientierten Außenpolitik gerecht
6 zu werden und als eine Maßnahme um der weiteren Verschärfung des Nahost-
7 Konflikts entgegenzuwirken, fordern wir deutsche Politiker*innen auf, sich
8 stärker für die Menschenrechte in Jordanien und die Anliegen derer, die sie
9 verteidigen einzusetzen.

10 Im Hinblick auf Deutschlands Rolle als enger Kooperationspartner von Jordanien
11 in der Flüchtlings- und Sicherheitspolitik sowie der Entwicklungszusammenarbeit
12 gehören dazu die folgenden konkreten Maßnahmen:

- 13 1. Überprüfung des Einsatzes finanzieller Hilfen für Jordanien bezüglich
14 ihrer Vereinbarung mit den Zielen des Menschenrechtsschutzes sowie der
15 Korruptionsbekämpfung.
- 16 2. Klare Haltung zu den Menschenrechtsverletzungen von Seiten des
17 jordanischen Regimes zeigen und diese in der öffentlichen Kommunikation
18 verurteilen.
- 19 3. Die stärkere Einbindung jordanischer Menschenrechtsaktivist*innen auf
20 Bundesebene bei Gesprächen mit thematischem Bezug zu Jordanien.

- 21 4. Jordanischen Regierungsvertreter*innen, die in Menschenrechtsverletzungen
22 verwickelt sind auf Veranstaltungen in Deutschland keine Bühne mehr geben.
- 23 5. Die Erleichterung der Visumsvergabe für jordanische
24 Menschenrechtsverteidiger*innen und politische Aktivist*innen.
- 25 6. Die Einrichtung einer Beschwerdestelle für Menschenrechtsverletzungen in
26 der Deutschen Botschaft Amman.
- 27 7. Der Stop von Waffenlieferungen nach Jordanien.

28 Diese Forderungen richten sich insbesondere an den Bundesvorstand von Bündnis
29 90/Die Grünen, Luise Amtsberg (Beauftragte der Bunderegierung für
30 Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt) sowie grüne
31 Bundestagsmitglieder der Ausschüsse „Menschenrechte und humanitäre Hilfe“,
32 „Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ und „Auswärtiges“.

Begründung

Als (inhaltlich) parteiunabhängige Jugendorganisation von BÜNDNIS 90/Die Grünen sehen wir es als unsere Aufgabe, politische Entscheidungen und Verhalten grüner Parteivertreter*innen kritisch zu hinterfragen. Durch die aktuellen Regierungsbeteiligung von BÜNDNIS 90/Die Grünen und deren Verantwortlichkeit über das Auswärtige Amt, sollten wir auch das Politikfeld Außenpolitik und Internationales stärker in den Fokus nehmen.

BÜNDNIS 90/Die Grünen verfolgt das außenpolitische Ziel, Menschenrechte zu schützen und Menschenrechtsverteidiger*innen zu unterstützen.[\[1\]](#) Das ist auch die offizielle Position des Auswärtigen Amt unter grüner Verantwortung.[\[2\]](#)

Im Nahen Osten gilt Jordanien als wichtiger Kooperationspartner Deutschlands. Die bilateralen Beziehungen beziehen sich insbesondere auf die Sicherheits- und Flüchtlingspolitik sowie die Entwicklungszusammenarbeit. Deutschland ist seit einigen Jahren der zweitgrößte internationale Geldgeber Jordaniens und das Königreich eines der Hauptempfänger deutscher Entwicklungshilfegelder.[\[3\]](#) Daran änderte sich grundlegend auch unter der Ampel-Koalition nichts. Im Jahr 2021 erhielt Jordanien 430 Mio. € und erst Anfang Oktober wurden in deutsch-jordanischen Regierungsverhandlungen erneut Summen in der Höhe von 418 Mio.€ genehmigt.[\[4\]](#)

Jordanien gilt als nicht-freies, autoritäres Regime[\[5\]](#). Verschiedene Menschenrechtsorganisationen, wie *Human Rights Watch* und *CIVICUS*, berichten verstärkt von einer alarmierenden Entwicklung der Menschenrechtssituation. Mithilfe fragwürdiger Gesetze schränken Behörden Grundrechte, wie die Meinungs-, Versammlungs- und Reisefreiheit, ein. Unter Vorwürfen der Majestätsbeleidigung,

Volkesverhetzung und Spionage werden Personen, die eine von der politischen Elite abweichende Meinung vertreten sowie deren Familien verfolgt und inhaftiert. Es treten wieder vermehrt Fälle von Folter auf - erst im September 2022 starb ein Aktivist unter Folter in einem jordanischen Gefängnis.[6]

Das geschieht trotz den vom jordanischen König Abdullah II. bin al-Hussein angekündigten „demokratischen Reformen“, die von der deutschen Regierung hoch gelobt werden. Expert*innen sehen diese lediglich als Versuch, die tatsächliche Menschenrechtslage zu vertuschen und die politische Macht weiter in den Händen des Königs zu zentrieren.[7]

Menschenrechtsorganisationen fordern daher die internationalen Partner*innen und Geldgeber*innen Jordaniens - zu dessen wichtigsten Deutschland gehört - daher auf, öffentlich und ausdrücklich alle Verstöße gegen die Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit zu verurteilen und sicherstellen, dass die Achtung dieser Freiheiten eine Voraussetzung für alle bestehenden Programme ist.[8]

Öffentliche Statements der Bundesregierung beschränken sich jedoch lediglich auf wertschätzende Worte zu Jordaniens „konstruktiver Rolle“ im Nahostkonflikt und Solidaritätsbekundungen aufgrund dessen „Engagement“ bei der Aufnahme Geflüchteter. [9] Auch wenn das durchaus wichtige Punkte sind, dürfen die Fehler der Großen Koalition nicht wiederholt werden, indem eine unkritische Haltung gegenüber autoritären Regimen eingenommen wird, solange das den eigenen politischen Interessen dient. Menschenrechte müssen sofort in den Mittelpunkt deutscher Politik gerückt werden!

Um dem eigenen Anspruch einer an den Menschenrechten ausgerichteten Außenpolitik gerecht zu werden, sollte die Bundesregierung in Bereichen deutsch-jordanischer Kooperation gegen die weitere Autokratisierung des Landes handeln. Damit ist keine hegemoielle innenpolitische Intervention gemeint, sondern die tatsächliche aktive Unterstützung der Zivilgesellschaft und eine kritische (öffentliche) Haltung gegenüber des jordanischen Regimes. Konkrete Handlungsmöglichkeiten gibt es viele - wir haben einige in unseren Forderungen zusammengefasst.

[1]<https://www.gruene.de/themen/frieden-und-menschenrechte>

[2]<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/menschenrechte/01-menschenrechte-fundament>

[3]<https://www.bmz.de/de/laender/jordanien>

[4]<https://www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/regierungsverhandlungen-mit-jordanien-125088>

[5] Vgl. Freedom House Index oder Democracy Index

[6] Vgl. <https://monitor.civicus.org/country/jordan/>;
<https://www.hrw.org/news/2022/09/18/jordan-government-crushes-civic-space>

[7] Vgl. ebd.

[8] Ebd.

[9]<https://www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/regierungsverhandlungen-mit-jordanien-125088>;
<https://www.bmz.de/de/laender/jordanien>;
<https://www.zeit.de/news/2022-02/11/baerbock-besucht-fluechtlingssiedlung-in-jordanien>

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 05.11.2022)

Titel: **Update Ausbildung - Gleichwertig, Gerecht,
Zeitgemäß**

Antragstext

1 Als GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt fordern wir eine gleichwertige, gerechte und
2 zeitgemäße Ausbildung. Das beinhaltet konkret:

3 **1. Die Einführung einer umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie.**

4 Es muss gesetzlich verankert werden, dass jeder junge Mensch das Recht auf einen
5 Ausbildungsplatz hat. Dies bedeutet u.a., dass Hürden wie die Feststellung der
6 sogenannten Ausbildungsreife bei potenziellen Bewerber*innen durch Bundesagentur
7 für Arbeit abgeschafft werden. Damit die Ausbildungsplatzgarantie praktisch
8 ausreichend betriebliche Ausbildungsplätze schafft, muss sie mit einer
9 Umlagefinanzierung verbunden werden.

10 Alle Betriebe müssen hierzu in einen Zukunftsfonds einzahlen. Die Mittel aus dem
11 Fonds werden für drei Säulen der Ausbildungsplatzschaffung genutzt. Einerseits
12 erhalten ausbildende Betriebe als Anreiz Mittel aus dem Fonds zurück. Des
13 Weiteren werden die Mittel genutzt, um das Netz und die Qualität
14 überbetrieblicher Ausbildungszentren zu verbessern. Außerdem werden die Mittel
15 aus dem Fonds genutzt, um außerbetriebliche Ausbildungen dort zu ermöglichen, wo
16 trotz aller Bemühungen keine betrieblichen Ausbildungsplätze geschaffen werden
17 konnten.

18 **2. Die garantierte Übernahme nach der Ausbildung.**

19 Auszubildende verdienen eine klare Perspektive für die Zukunft nach der

20 Ausbildung. Deshalb muss auch die unbefristete Übernahme in den Betrieb, in dem
21 die Ausbildung abgeschlossen wurde, garantiert werden – ohne Wenn und Aber.

22 Um mit gutem Vorbild voranzugehen, muss das Land Sachsen-Anhalt eine solche
23 Regelung für alle Auszubildenden im öffentlichen Dienst schaffen. Zudem muss die
24 Vergabe öffentlicher Aufträge daran gekoppelt sein, dass die entsprechenden
25 Unternehmen unbefristete Übernahmeregeln für ihre Auszubildenden entweder im
26 Tarifvertrag oder ggf. per Betriebsvereinbarung gewährleisten.

27 **3. Die Schaffung einer Gleichwertigkeit von Studium und Ausbildung.**

28 Studium und Ausbildung sind zwei unterschiedliche und doch gleichwertige
29 Lebenswege. Das muss auch außerhalb politischer Reden Realität werden und so
30 z.B. auch in Berufsorientierungsformaten an Schulen klar rüberkommen und sich in
31 echter Wertschätzung für Ausbildungsberufe niederschlagen.

32 Erasmus ist für viele Studierenden fest im Studium verankert. Doch auch Azubis
33 haben ein Recht darauf. Die Landesregierung soll Hürden für Azubis und Betriebe
34 abbauen und Informationsangebote abbauen.

35 **4. Die ökonomische Situation von jungen Menschen in Ausbildung zu verbessern.**

36 Auch Menschen in Ausbildung steht ein Leben in Würde und mit finanzieller
37 Sicherheit zu. Gerade in Zeiten von Preisexplosion und unstemmbaren Heizkosten.

38 Für viele schulische Ausbildungen wird teilweise gar keine Vergütung bezahlt
39 oder es muss sogar noch Schulgeld entrichtet werden. In Sachsen-Anhalt muss
40 darum eine grundsätzliche Schulgeldfreiheit für alle Ausbildungsarten festgelegt
41 werden. Stattdessen braucht es BAföG-Anspruch für alle in der schulischen
42 Ausbildung. Die Mindestausbildungsvergütung muss an das BAföG angepasst werden.
43 Selbstverständlich muss die Höhe des BAföGs grundsätzlich existenzsichernd sein.
44 Das beinhaltet neben einer deutlichen Erhöhung und einer Unabhängigkeit vom
45 Elternhaus auch einen akuten Inflationsausgleich.

46 Es muss sichergestellt werden, dass alle Auszubildenden, egal welcher
47 Ausbildungsordnung sie unterliegen, eine Vergütung gezahlt wird, die die Höhe
48 der Mindestauszubildendenvergütung nicht unterschreitet. Ausbildungsvergütungen
49 müssen tariflich gebunden sein.

50 Das erfolgreiche Pilotprojekt der Praxisintegrierten Ausbildung (PIA) im

51 Erziehungswesen muss verstetigt und ausgeweitet werden, statt es auslaufen zu
52 lassen. Das PIA-Modell ist stattdessen auch auf andere bisher rein schulischen
53 Ausbildungsgängen wie z.B. Ergo- oder Physiotherapie auszuweiten.

54 In der Umsetzung dieser Forderungen muss das Land Sachsen-Anhalt als ersten
55 Schritt seiner besonderen Verantwortung nachkommen und bei der Vergabe
56 öffentlicher Aufträge neben der Übernahmegarantie und der Ausbildungstätigkeit
57 des Betriebs auch tarifliche Ausbildungsvergütung fordern.

58 **5. Die Erreichbarkeit der Ausbildungsstätten zu verbessern.**

59 Anfahrtswege zur Berufsschule müssen für Auszubildende kostenneutral und
60 zeitsparend sein. Ein kostenloses Azubiticket in Verbindung mit einem eng
61 getakteten ÖPNV schont das meiste knappe Budget der Auszubildenden und sorgt für
62 wirklich erholsame Freizeit statt langer Pendelei.

63 Wo eine Wohnheimunterbringung aufgrund zu langer Wege zur Berufsschule nötig
64 ist, muss ein kostenloser Wohnheimplatz für alle Berufsschüler*innen zur
65 Verfügung gestellt.

66 **6. Diskriminierung in der Ausbildung konsequent zu bekämpfen.**

67 Leider gibt es Ausbildungsbetriebe, die kein sicherer Lernort für FLINTA*s
68 (Frauen, inter, nicht-binär, trans, agender), queere Menschen, behinderte
69 Menschen, BIPOC (Schwarz, Indigene, People of Color: Selbstbezeichnung für von
70 Rassismus betroffenen Personen) und anderen diskriminierte Gruppen sind. Deshalb
71 fordern wir mehr Beratungs- und Unterstützungsangebote für Betroffene,
72 Vernetzungsangebote sowie Fortbildungs- bzw. Sensibilisierungsangebote in den
73 Betrieben.

74 Die Förderung der betrieblichen Mitbestimmung durch die Gründung von
75 Betriebsräten und Jugend- und Auszubildendenvertretungen ist hier zusätzliches
76 Instrument, um Diskriminierung wirksam zu bekämpfen. Versuche, die Arbeit von
77 Betriebsräten oder Jugend- und Auszubildendenvertretungen zu behindern, sind
78 konsequent zu sanktionieren.

Begründung

Das Interesse junger Menschen, v.a. an der dualen Berufsausbildung geht in Sachsen-Anhalt kontinuierlich zurück. So sank die Zahl bei der Bundesagentur für Arbeit registrierter Bewerber*innen von 2019 bis 2022 um über 15 % (vgl. 2019: 10.936; 2022: 9.258). Der oft beklagte Fachkräftemangel lässt sich weder durch

teure Imagekampagnen noch durch ein Beschimpfen der Jugend lösen. Die Berufsausbildung muss darum für junge Menschen attraktiver werden.

In Sachsen-Anhalt gab es zum Stichtag des. 30.09. 2022 1.327 unbesetzte Ausbildungsstellen und letztendlich weniger Bewerber*innen als bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldete Stellen. Was oberflächlich betrachtet nach paradiesischen Zuständen für Ausbildungsinteressierte klingt, ist bei genauerer Betrachtung eine Anklage gegen die derzeitige Situation für junge Menschen. Trotz des vermeintlichen Ausbildungsplatzangebots sind von den bei 9.258 bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Bewerber*innen nur 5.242 in die duale Ausbildung eingemündet. Die restlichen stecken in Übergangmaßnahmen, haben sich für andere Bildungsgänge entschieden, gehen ohne Ausbildung auf den Arbeitsmarkt oder stecken in der Arbeitslosigkeit. Die von der Bundesagentur für Arbeit für „nicht ausbildungsreif“ befundenen Jugendlichen tauchen in dieser Statistik erst gar nicht auf. Die Betriebe wünsche sich häufig bereits vor der Ausbildung gut qualifizierte Menschen, um möglichst wenig Aufwand mit der Ausbildungstätigkeit zu haben. Hier liegt ein Problem, warum junge ausbildungsinteressierte Menschen trotz des Angebotes auf dem Markt keine Ausbildungsplatz erhalten.

Zudem kaschiert der Überhang an unbesetzten Ausbildungsplätzen sogenannte „Matching-Probleme“. Nicht jeder Ausbildungsort – Betrieb, wie Berufsschule - ist für junge Menschen überhaupt in einem mit einem vertretbaren Aufwand zu erreichen. Eine Verbesserung des ÖPNV und kostenloser Nahverkehr für Azubis können hier Abhilfe schaffen.

Zudem entsprechen viele der angebotenen Stellen nicht der Interessenlage der Bewerber*innen. Wer gerne Tierpfler*in werden möchte, wird sich höchstwahrscheinlich nicht für eine Ausbildung als Fleischereifachverkäufer*in begeistern können. Junge Menschen brauchen Auswahlmöglichkeiten und Angebote, die ihren Neigungen entsprechende. Die Ausbildungsumlage kann mehr Betriebe motivieren, neue und mehr Ausbildungsplätze zu schaffen und damit auch das Angebot für junge Menschen zu vergrößern.

Dazu kommt, dass viele gemeldete Ausbildungsstellen zu recht von jungen Menschen als unattraktiv bis inakzeptabel angesehen werden. Die durchschnittliche Ausbildungsvergütung lag in Sachsen-Anhalt im Jahr 2020 bei 737 € brutto. Auch vor der hohen Inflation war dies eine Summe, von der junge Menschen nicht ansatzweise ein eigenes Leben finanzieren konnten, sondern auf Unterstützung durch die Eltern oder staatliche Ausbildungsbeihilfe angewiesen waren.

Ausbildungsfremde Tätigkeiten, regelmäßige Überstunden (28%), keine Übernahmeinformationen zum Ende der Ausbildung (34%), sowie Unzufriedenheit mit der Ausbildung im Allgemeinen (28 %) bilden ab, dass sich die Ausbildungssituation für junge Menschen verbessern muss. Dass viele Betriebe weniger an einer guten Ausbildung für ihre Azubis interessiert sind, sondern vielmehr an billigen und vermeintlich rechtlosen Arbeitskräften spricht sich logischerweise herum.

Die Tatsache, dass bei vielen schulischen Ausbildungen z.T. Schulgeld bezahlt werden muss, unentgeltliche Praktika absolviert werden müssen und überhaupt keine Ausbildungsvergütung gezahlt wird, sorgt auch hier für die Unattraktivität der Berufsfelder.

Der oft beklagte Fachkräftemangel ist folglich hausgemacht und von vielen Unternehmen und durch mangelhafte Ausbildungsordnungen selbst verschuldet. Mit den im Antrag vorgeschlagenen Instrumenten lässt sich der Fachkräftemangel bekämpfen und jungen Menschen eine Perspektive bieten.

Wir möchten der DBG-Jugend Sachsen-Anhalt ausdrücklich für die umfangreiche Unterstützung in der Ausarbeitung dieses Antrags danken. Bitte stimmt diesem Antrag zu - damit solidarisieren wir uns auch explizit mit den Forderungen von Gewerkschaften und Gewerkschaftsjugendlichen.

Antrag

Initiator*innen:

**Titel: Antirassistische Strategien für die GRÜNE
JUGEND Sachsen-Anhalt**

Antragstext

1 Obwohl offener Rassismus immer seltener wird, sind institutionalisierter
2 Rassismus z.B. durch Polizeigewalt oder Diskriminierung bei Behördengängen und
3 Alltagsrassismus noch immer weit verbreitet. Das zeigt sich beispielsweise durch
4 fremdenfeindliche Reaktionen auf Geflüchtete, Anfeindungen gegen asiatisch
5 gelesene Menschen zu Beginn der Corona-Pandemie und auch in der Ausbeutung von
6 Arbeitskräften aus Osteuropa. In Ostdeutschland ist die Gefahr für
7 migrantisierte Menschen Opfer rassistischer Anfeindungen zu werden noch höher.
8 Sachsen-Anhalt verzeichnete im Jahr 2020 sogar die zweitmeisten rechten,
9 rassistischen und antisemitischen Straftaten in ganz Deutschland. Als GRÜNE
10 JUGEND Sachsen-Anhalt setzen wir uns für eine antirassistische Gesellschaft ein.
11 Dazu zählt auch die Strukturen unseres Verbands kritisch zu hinterfragen und
12 Strategien zu entwickeln, um migrantisierte Menschen besser ansprechen,
13 einbinden und fördern zu können. Obwohl migrantisierte Menschen historisch immer
14 an politischen Kämpfen beteiligt waren, sind sie aufgrund einer Vielzahl sozio-
15 ökonomischer Gründe in der Politik unterrepräsentiert. Um dagegen zu wirken,
16 braucht es eine Strategie die ebenübergreifend und vom gesamten Landesverband
17 getragen wird. Die Strategie orientiert sich dabei stark an den qualitativen und
18 quantitativen Evaluationen des Bundesverbandes sowie den Analysen und erprobten
19 Maßnahmen des Arbeitsbereichs antirassistische Strategien und des
20 Bundesvorstands.

1. Solidarischer Antirassismus

22 Um rassistische Strukturen abzubauen zu können, ist das Bewusstsein darüber, dass
23 es sie gibt und wie sie sich gesellschaftlich äußern und wirken extrem wichtig.

24 Deshalb ist antirassistische Bildungsarbeit ein bedeutender Bestandteil der
25 GRÜNEN JUGEND Sachsen-Anhalt. Allerdings wird diese wichtige Aufgabe
26 ausschließlich oder zu einem sehr großen Teil von migrantisierten Menschen
27 selbst übernommen. So können migrantisierte Menschen ihren eigenen politischen
28 Interessen weniger nachkommen und werden stattdessen durch die eigene
29 Betroffenheit indirekt verantwortlich (gemacht). In Zukunft soll diese Arbeit
30 Querschnittsaufgabe des gesamten Landesvorstands sein. Gerade die
31 organisatorische Arbeit soll dabei von nicht-migrantisierten Personen getragen
32 werden. Migrantisierte Mitglieder sollen von dieser Aufgabe nicht ausgeschlossen
33 werden. Ihre persönliche Betroffenheit soll sie aber nicht zwangsläufig zu
34 Repräsentant*innen für migrantisierte Menschen und Referent*innen für Rassismus
35 machen. Durch regelmäßige Evaluation der Bildungsarbeit hat der gesamte Vorstand
36 außerdem einen Überblick über die bisher ergriffenen Maßnahmen und kann
37 gemeinsam Projekte erarbeiten und Ziele setzen.

38 **2. Offene Verbandskultur**

39 Zwischen "OG", "LMV" und "BuKo" ist es als neues Mitglied oft nicht leicht, sich
40 im Verband zu orientieren. Der Abbau von Abkürzungen, sozialen Codes und
41 Fachbegriffen ist also essentiell um als Verband offen und zugänglich zu sein,
42 egal was für einen sozialen Hintergrund neue Mitglieder oder Interessierte
43 haben. Auch dürfen wir nicht voraussetzen, dass jede*r sich perfekt mit bspw.
44 genderinklusive Sprache auskennt. Anstatt Menschen aufgrund „falscher Sprache“
45 auszuschließen, stellt die GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt einen sicheren Ort des
46 gemeinsamen Lernens dar.

47 **3. Förderung und Bildungsarbeit unterscheiden**

48 Damit migrantisierte Menschen wirklich politisch ermächtigt werden und ihre
49 eigenen politischen Themen angehen können, ist es wichtig, sie von der Aufgabe
50 als „Rassismusexpert*in“ zu entlasten. Dazu zählt auch die Trennung von
51 Förderangeboten und der inhaltlichen Auseinandersetzung mit Rassismus.
52 Antirassistische Bildungsarbeit soll in Zukunft besonders von nicht-
53 migrantisierten Menschen organisiert und an sie gerichtet sein.

54 **4. Fördermaßnahmen ausbauen**

55 Neben einer offenen und antirassistischen Verbandskultur ist die gezielte
56 Förderung migrantisierter Menschen ein weiterer wichtiger Strategiepunkt.
57 Migrantisierte Menschen sollen auf Verantwortungspositionen vorbereitet werden,
58 Wertschätzung vermittelt bekommen und gezielt in ihren Themen empowert werden.
59 Dies soll dabei nicht nur auf spezifischen Veranstaltungen wie

60 Vernetzungstreffen passieren, sondern als Querschnittsaufgabe des gesamten
61 Verbands verstanden werden.

62 **5. Gezielte Ansprache und Themensetzung**

63 Zu unseren antirassistischen Strategien zählt auch die Außenwirkung der GRÜNEN
64 JUGEND Sachsen-Anhalt. Wir sprechen migrantisierte Menschen gezielter an indem
65 wir Themen behandeln, die für ihre Lebensrealität relevant sind. So hat die
66 Evaluation des Bundesverbands ergeben, dass vor allem die Themen Arbeit und
67 Soziales migrantisierte Menschen beschäftigen.

68 Zudem gehen wir gezielt auf migrantische Communities zu, um mit ihnen ins
69 Gespräch zu kommen, die Vernetzung zu stärken und den Zugang zu erleichtern.

70 **6. Banden bilden!**

71 Gerade weil der Landesverband Sachsen-Anhalt ein so homogener und weißer Raum
72 ist, möchten wir die Vernetzung migrantisierter Mitglieder strategisch fördern.
73 Migrantisierte Menschen können so voneinander lernen, ein unterstützendes
74 Netzwerk aufbauen und Vorbilder für neue, jüngere migrantisierte Mitglieder
75 sein. Diese Aufgabe ist vor allem auch Aufgabe der Verantwortungsträger*innen in
76 den Ortsgruppen, weil Mitglieder hier ihre ersten Berührungspunkte in der GRÜNEN
77 JUGEND Sachsen-Anhalt haben.

78 Da andere Landesverbände, insbesondere in Ostdeutschland, oft vor ähnlichen
79 Aufgaben in der Antirassismus-Arbeit und Förderung migrantisierter Stimmen in
80 unserem Verband stehen, wollen wir gezielt mit diesen zusammenarbeiten. Dafür
81 werden wir direkt auf sie zugehen um gemeinsame Fördermaßnahmen und
82 Weiterbildungsangebote zu organisieren. Gleichzeitig werden wir das Thema
83 Antirassismus in den bereits bestehenden Kooperationen mit den anderen
84 Ostverbänden stärker betonen.

85 Konkrete Maßnahmen

- 86 • Methodenschulungen und Leitfäden für Verantwortungsträger*innen des
87 Landesverbands und der Ortsgruppen (Kreisverbände) der GJ Sachsen-Anhalt
- 88 • Erarbeitung eines Förderkonzepts von migrantisierten Menschen auf
89 Ortsebene durch Erproben und Evaluieren verschiedener Fördermaßnahmen
- 90 • Gezielte Ansprache migrantisierter Menschen durch inhaltliche
91 Themensetzung und Evaluation der Öffentlichkeitsarbeit

- 92 • Vernetzung und Kooperationen mit migrantischen Communities in Sachsen-
93 Anhalt

- 94 • Ebenübergreifende Vernetzung migrantisierter Menschen in Kooperation mit
95 anderen Ostverbänden

- 96 • Einladen von migrantisierten Referent*innen bei Veranstaltungen, die nicht
97 Rassismus thematisieren

- 98 • Antirassistische Bildungsarbeit, die als solidarische Aufgabe des gesamten
99 Verbands verstanden wird und sich gezielter an nicht-migrantisierte
100 Mitglieder richtet

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand Grüne Jugend Sachsen-Anhalt (dort beschlossen am: 12.11.2022)

Titel: **Rechenschaftsbericht des Landesvorstands
(April bis November 2022)**

Antragstext

1. Vorbemerkungen

Der Rechenschaftsbericht legt die Arbeit des Landesvorstandes der GRÜNEN JUGEND Sachsen-Anhalt während der Amtszeit vom 02.04.2022 bis zum 13.11.2022 offen.

Am 02.04.2022 wählte die Landesmitgliederversammlung in Wolmirstedt folgende

Mitglieder in den Landesvorstand der GJ Sachsen-Anhalt:

Sarah Einzel, Halle
Landessprecher*in

Gregor Laukert, Stendal
Landessprecher*

Jochen Matthies, Halle
Politische Geschäftsführung

Jan Vorbrodt, Magdeburg
Schatzmeisterei

Eileen Becker, Halle

15 Beisitzer*in und Frauen- und genderpolitische*r Sprecher*in

16 **Kai Stein**, Braunsbedra

17 Beisitzer

18 **Lina Schmidt**, Wolmirstedt

19 Beisitzerin

20 **Maarit Franzki**, Halle

21 Beisitzerin

22 **2. Verbandsentwicklung**

23 **2.1 Mitglieder**

24 Die GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt zählt derzeit 221 Mitglieder (Stand 11.11.2022).

25 **2.2 Arbeitsweise des Landesverbandes und -vorstandes**

26 Die Sitzungen des Landesvorstandes fanden i.d.R. wöchentlich und mitgliederoffen
27 statt. Die Protokolle wurden den Mitgliedern zeitnah via Signal und Telegram
28 zugänglich gemacht.

29 Es fanden zwei Landesvorstandsklausuren in Präsenz statt (Juli, Oktober).
30 Außerdem gab es eine digitale Klausur nach der Frühlings-
31 Landesmitgliederversammlung 2022 im April.

32 Die Kommunikation außerhalb der Sitzungen verlief über eine Vorstands-interne
33 Gruppe bei Signal. Insbesondere für Umlaufbeschlüsse und kurzfristige Absprachen
34 hat sich die Gruppe als nützlich erwiesen.

35 Zudem hat der Vorstand für konkrete Aufgaben (z.B. Planung von
36 Mitgliederversammlungen, Neumitgliederbetreuung, Social-Media, Themenkomplex
37 Energie(Preis)krise) Arbeitsgruppen gegründet und via Signal organisiert. Diese
38 Arbeitsgruppen trafen sich regelmäßig unabhängig von Landesvorstandssitzungen.
39 Dank der Erweiterung des Landesvorstands auf 8 Mitglieder hat sich diese
40 Arbeitsweise als besonders effektiv herausgestellt.

41 Als Hauptkommunikationsweg zu den Mitgliedern existieren Signalgruppen und ein
42 Telegramkanal zur Vernetzung für verschiedene Gruppen und Informationsaustausch.
43 Bei Bedarf wurden weitere temporäre Gruppen zur Koordination aller Teilnehmenden
44 oder Delegierten bei Veranstaltungen erstellt, die sich als nützlich erwiesen

45 haben. Einladungen zu unseren Veranstaltungen wurden zudem regelmäßig auch über
46 den E-Mail-Verteiler versendet.

47 **2.3 Landesgeschäftsstelle**

48 Wir konnten Luisa Biasotto, unsere Landesgeschäftsführung weiterhin mit 20
49 Stunden im Monat beschäftigen. Zu Beginn des Jahres wird die Stelle jedoch neu
50 besetzt, die Ausschreibung und das Verfahren wird eine der ersten Aufgaben des
51 neuen Landesvorstands.

52 **2.4 Ortsgruppen**

53 Weiterhin haben wir 5 Ortsgruppen: Altmark, Börde, Halle/Saalekreis, Magdeburg
54 und Salzlandkreis.

55 Zur Kommunikation mit den Ortsgruppen gibt es eine gemeinsame Signalgruppe mit
56 dem Landesvorstand und den Ortsgruppenvorständen sowie einer Person aus dem
57 Bundesvorstand. Es gab außerdem digitale Austauschrunden mit Gregor und Jochen
58 in den Ortsgruppenvorständen.

59 **2.5 Bildungsarbeit**

60 Die Bildungsarbeit fand 2022 primär an und bei anderen großen Veranstaltungen
61 statt. Zwischen diesen gabs es auch Angebote, die in ihrer Frequenz und ihrem
62 Umfang aber noch ausgebaut werden sollten. In unserer aktuellen Amtsperiode
63 mangelte es dem Landesvorstand dafür an Kapazitäten.

64 Konkret konnten wir auf unserer Landesmitgliederversammlung im Juni mehrere
65 Workshops anbieten: Solidarische Männlichkeit, How-To-Ortsgruppe, Ostdeutsche
66 Perspektiven und feministische Selbstfürsorge, sowie ein sicherheitspolitischer
67 Brunch in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung. Außerdem fanden mehrere
68 landesweite digitale Treffen statt, die einen Bildungscharakter hatten. Auch für
69 die jetzige Landesmitgliederversammlung in November wurden Skill-Sharing-
70 Workshops sowie ein Workshop zu Antisemitismus, Rassismus und Arbeit
71 organisiert.

72 Es wird angestrebt, Bildungsarbeit im kommenden Jahr stärker in den Fokus zu
73 rücken und die Organisation dieser besser zu strukturieren.

74 **3. Veranstaltungen und Projekte**

75 **3.1 Landesmitgliederversammlungen**

76 Im vorliegenden Berichtshalbjahr fanden insgesamt 2
77 Landesmitgliederversammlungen statt.

78 Am 02.-3. April: Diese fand in Wolmirstedt statt. Dort wurde der Landesvorstand
79 für ein halbes Jahr neu gewählt (Anpassung an den Wahlrhythmus auf Bundesebene)
80 sowie zwei inhaltliche Anträge verabschiedet: Einerseits haben wir uns für einen
81 Kohleausstieg bis spätestens 2030 positioniert sowie Klima als Fluchtursache
82 anerkannt. Wir stimmten ebenso über einen Satzungsänderungsantrag ab, der
83 beschloss, dass der Landesvorstand auf 8 Personen erweitert werden kann (bis zu
84 4 Beisitzer*innen können gewählt werden).

85 Am 23.-24. Juli: Diese fand in Halle statt. Fokus lag auf Bildungsarbeit und
86 Socializing in Form eines Sommerfests. Es gab aber auch inhaltliche Punkte in
87 Form eines Antrags zur Abschaffung der 1. Klasse im ÖPNV und eines Berichts aus
88 der Bundespolitik.

89 Am 12.-13. November: Diese fand in Magdeburg statt. Fokus lag auf der Neuwahl
90 des Landesvorstands sowie inhaltlichen Anträgen zur aktuellen Krisensituation,
91 Verbesserung der Ausbildungen und einer antirassistischen Strategie für den
92 Landesverband.

93 Es ist festzustellen, dass die Organisation von Mitgliederversammlungen sehr
94 viele Kapazitäten bindet. Dafür denken wir echte Fortschritte in der
95 Professionalisierung der Organisation von Landesmitgliederversammlung erreicht
96 zu haben. Diese müssen ausgebaut und verstetigt werden.

97 **3.2 Energie(preis)krise**

98 Nach der Klausur im Juli startete der Landesvorstand eine Taskforce zum Thema
99 Energie. Passend zum tagesaktuell politischen Thema der Energiekrise, wurden
100 inhaltliche Posts auf Instagram verfasst und verschiedene Veranstaltungen
101 geplant. Dadurch entstand u.a. der Leitantrag, welcher auf der
102 Landesmitgliederversammlung im November diskutiert werden soll.

103 **4. Öffentlichkeitsarbeit**

104 **4.1 Pressearbeit**

105 Im letzten Jahr wurde eine Pressemitteilung zum 9-Euro-Ticket verschickt. Wir

106 erachten Pressemitteilungen nicht als bestes Mittel, um mediale Aufmerksamkeit
107 zu generieren. Zudem überwiegt im Moment der Aufwand die Nutzen, sodass wir
108 bevorzugen, direkten Kontakt mit Journalist*innen zu pflegen, wobei das
109 ausgebaut werden sollte.

110 Zusätzlich erreichten uns verschiedene proaktive Presseanfragen, u.a. zu unserer
111 Einschätzung im Vorfeld des Landesparteitags im Juli 2022.

112 **4.2 Social Media**

113 Im letzten Jahr war die GJ Sachsen-Anhalt auf Twitter, Facebook, TikTok und
114 Instagram unterwegs. Dabei wurde Instagram als primärer Ort der Medienarbeit
115 genutzt.

116 Seit der Landesmitgliederversammlung im April wurde unser Meme-Account besonders
117 aktiv bespielt - was zur Folge hat, dass der Account inzwischen mehr
118 Follower*innen hat als unser Hauptaccount und wir bundesweite Aufmerksamkeit
119 generieren.

120 Im Verlauf des Jahres fokussierten wir uns, wie bei 3.2 erwähnt, auf die
121 Energiekrise und erstellten bspw. einen Post dazu, wieso die Strompreise
122 eigentlich steigen. Im Zuge dessen solidarisierten wir uns mit dem Bündnis Genug
123 ist Genug und Lützerath.

124 Grundsätzlich konnten wir die Social-Media Arbeit sehr gut verstetigen und
125 unseren Einfluss auf verschiedenen Plattformen so ausbauen.

126 Auch unsere Website präsentiert uns nach außen und wurde deshalb im letzten Jahr
127 intensiver gepflegt. Es wurden Artikel zu aktuellen Aktionen erstellt und
128 diverse Seiten auf den neusten Stand gebracht.

129 **5. Vernetzung**

130 **5.1 Mitte-Ost-Vernetzung**

131 Die Mitte-Ost-AG ist 2022 in ihr 2. Jahr gestartet. Sie ist weiterhin aktiv und
132 organisiert verschiedenste Veranstaltungen mit Bezug zu Ostdeutschland. Die
133 GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt war auch im vergangenen Jahr wieder mit einem Basis-
134 und einem Landesvorstandsmitglied dabei. Die Mitte-Ost-AG hat sich zudem eine
135 Geschäftsordnung gegeben und hatte eine digitale, mehrstündige Klausur im
136 Februar. Der diesjährige Höhepunkt der Mitte-Ost-AG-Arbeit war der Mitte-Ost-
137 Kongress, der direkt vor dem Ost-Bildungscamp, in Mecklenburg Vorpommern

138 stattfand. Die Mitte-Ost-AG hatte diese Großveranstaltung in Kooperation mit dem
139 Bundesverband und dem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern geplant und
140 durchgeführt.

141 Die Mitte-Ost-Vernetzung fand zudem auch durch einen regelmäßigen Austausch
142 zwischen den Ost-Landesvorständen statt. Zudem waren wir regelmäßig mit
143 Grußworten auf Landesmitgliederversammlungen anderer Landesverbände präsent und
144 konnten analog dazu auch Ost-Grußworte für Sachsen-Anhalt organisieren.

145 **5.2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt**

146 Die Vernetzung zu Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen-Anhalt erfolgte durch
147 regelmäßig stattfindende Treffen zwischen den jeweiligen Landesvorständen. Für
148 konkrete Anlässe und Anliegen wurde auch der bilaterale Austausch dazwischen
149 rege genutzt.

150 In den Landesvorstandssitzungen von Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen-Anhalt
151 waren wir unregelmäßig vertreten. Diese sollten in Zukunft häufiger und
152 kritischer begleitet werden.

153 Mit Laura haben wir seit dem letzten Landesparteitag zudem eine Person im Alter
154 der Grünen Jugend im Bündnisgrünen Landesvorstand.

155 Auf demselben Landesparteitag haben wir uns sowohl in der allgemeinen Aussprache
156 als auch inhaltlich konkret eingebracht und so die Meinungsbildung innerhalb der
157 Landespartei mit beeinflusst.

158 Auch den laufenden Prozess der Überarbeitung der Bündnisgrünen Landessatzung
159 haben wir uns eingebracht und empfehlen dem nächsten Vorstand diesen weiter
160 aktiv und aufmerksam zu verfolgen.

161 **5.3 Bündnisgrüne Fraktion Sachsen-Anhalt**

162 In der Vernetzung in die Fraktion wurden im vergangenen Halbjahr neue Kontakte
163 geknüpft und neue Formate ausprobiert. Wir nahmen am Vernetzungsabend der
164 Fraktionsklausur im April teil. Die Sprecher*innen nahmen unregelmäßig an den
165 Fraktionssitzungen teil. Eine regelmäßige Teilnahme ist anstrebenswert, auch um
166 diese im kommenden Jahr aktiver und kritischer zu begleiten. Besserer Austausch
167 könnte z.B. durch Lavo-Fravo-Treffen einmal im Quartal stattfinden.

168 **5.4 Heinrich-Böll-Stiftung**

169 Wir haben unsere Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt im
170 letzten Jahr gut ausgebaut. Es gab Vernetzungstreffen zwischen der
171 Landesgeschäftsstelle der Stiftung und dem Landesvorstand. Daraus entsteht eine
172 langfristige Kooperation mit regelmäßigem Austausch. Im Resultat gab es bereits
173 mehrere gemeinsame Veranstaltungen mit der Heinrich-Böll-Stiftung und der GRÜNEN
174 JUGEND Sachsen-Anhalt.

175 **5.5 Vernetzung mit anderen Jugendorgas**

176 Die Vernetzung mit den Jusos und der Linksjugend ['solid] war im letzten
177 Halbjahr eher gering. Mit Grußworten der Landesvorstände auf der Herbst-
178 Landesmitgliederversammlung versuchen wir einen ersten Schritt in Richtung
179 Vernetzung und gemeinsame Arbeit.

180 Die Vernetzung mit Gewerkschaften lief gut - primär haben wir in den vergangenen
181 Monaten mit der ver.di-Jugend und der DGB-Jugend zusammengearbeitet. Über Genug
182 ist Genug wurden gemeinsame Demonstrationen in Halle und Magdeburg organisiert,
183 außerdem verfassten wir gemeinsam mit der DGB-Jugend einen inhaltlichen Antrag
184 zur Verbesserung der Ausbildung.

185 Grundsätzlich sollte unser Bündnisnetzwerk weiter ausgeweitet werden.

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand Grüne Jugend Sachsen-Anhalt (dort beschlossen am: 05.11.2022)

Titel: Formalia

Antragstext

1. Präsidium

Als Mitglieder des Präsidiums werden vorgeschlagen:

- Lina Schmidt, Maarit Franzki, Sarah Einzel, Sebastian Hüller

2. Protokoll

Als Protokollführer*innen werden folgende Menschen vorgeschlagen:

- Niklas Peine

3. Redezeiten wird folgendes Verfahren vorgeschlagen:

- Die allgemeine Redezeit beträgt 3 Minuten. Die Redeliste wird durch das Präsidium geführt. Es gibt keine gesetzten Redebeiträge.
- Für die Einbringung von Anträgen sind 4 Minuten vorgesehen. Abweichend davon sind für die Einbringung und Gegenrede des Rechenschaftsberichts und Leitantrag bis zu 7 Minuten vorgesehen.

4. Verfahren zur Vorstellung der Bewerber*innen

- 14 • Die Vorstellungszeit für die Bewerber*innen als Sprecher*innen, den*die
15 Schatzmeister*in sowie Politische Geschäftsführung beträgt 6 Minuten. Im
16 Anschluss können bis zu 6 Fragen gestellt werden, für deren Beantwortung
17 die Bewerber*innen insgesamt 3 Minuten Zeit haben.
- 18 • Die Vorstellungszeit für die Bewerber*innen auf den Beisitz im
19 Landesvorstand beträgt 3 Minuten. Im Anschluss können bis zu 4 Fragen
20 gestellt werden, für deren Beantwortung die Bewerber*innen insgesamt 1,5
21 Minuten Zeit haben.
- 22 • Die Vorstellungszeit für die Bewerber*innen auf alle anderen Ämter,
23 Delegierungen und Voten beträgt 3 Minuten. Im Anschluss können bis zu 4
24 Fragen gestellt werden, für deren Beantwortung die Bewerber*innen
25 insgesamt 1,5 Minuten Zeit haben.

H1

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 02.11.2022)

Titel: Haushaltsplan 2023

Antragstext

¹ <https://wolke.netzbegrueung.de/s/S4qCtqZbeao4wFf>

H1neu

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 09.11.2022)

Titel: Haushaltsplan 2023 NEU

Antragstext

- 1 Haushaltsplan 2023 siehe Grüne Wolke:
- 2 <https://wolke.netzbegrueung.de/s/XqagS9XRztdtJ98> (NEU: nach Absprache Änderung
- 3 Zuschuss OG Halle von 400€ auf 500€)

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand Grüne Jugend Sachsen-Anhalt (dort beschlossen am: 02.11.2022)

Titel: Leitantrag: Krise? Solidarisch bewältigen!

Antragstext

1 **Krise? Solidarisch bewältigen!**

2 Wir stecken im Moment in einer der größten Krisenüberlappungen: Klimakrise,
3 Energiekrise, Wirtschaftskrise. Inflation, Aufsteigen der rechtskonservativen
4 Mächte, Versagen der gesellschaftlichen Linken. Pandemie und Pflegenotstand.
5 Staatszerfall, Krieg und Krisenideologie. Wir stecken inmitten einer sogenannten
6 **Polykrise**, denn alles bedingt sich gegenseitig und ist das Ergebnis des globalen
7 Kapitalismus, der seit etwa einem Jahrhundert das Weltgeschehen und unseren
8 Alltag bestimmt.

9 Viele Menschen wissen nicht, ob sie die nächste Gasrechnung noch bezahlen
10 können, ob sie bald aus der Wohnung geschmissen werden, oder ob sie sich noch
11 den nächsten Einkauf leisten können. Gleichzeitig entzieht die Klimakrise schon
12 jetzt immer mehr Menschen die Lebensgrundlage und Putin führt seinen
13 unmenschlichen Angriffskrieg gegen die Ukraine fort. Wir sind also inmitten von
14 enorm großen Herausforderungen und müssen jetzt solidarische und gerechte
15 Antworten finden. Solidarisch mit der Ukraine, gerecht und entlastend für alle
16 und das auch mit Blick auf unsere Zukunft. Doch genau an dieser solidarischen
17 und gerechten Politik fehlt es an allen Ecken. Es liegt an uns als Teil der
18 gesellschaftlichen Linken für sie einzutreten.

19 In Ostdeutschland und Sachsen-Anhalt nehmen wir dabei eine Sonderrolle ein. Wir
20 leben in einem Bundesland mit extrem hoher Armutsquote - schon vor der
21 Inflation. Bereits 40% aller Deutschen haben keine Ersparnisse mehr. Dabei
22

23 müssen wir jedoch beachten, dass das durchschnittliche Vermögen der
24 Westdeutschen (ab 17 Jahren) im Jahr 2017 mit ca. 120.000 Euro mehr als doppelt
25 so hoch wie das der Ostdeutschen mit ca. 55.000 Euro lag. Im Jahr 2017 verfügten
26 die meisten jungen Erwachsenen (18 bis 25 Jahre) sowohl in West- als auch in
27 Ostdeutschland über geringe oder gar kein Vermögen. (1) Das bedeutet, dass
28 Menschen aus/in Ostdeutschland noch viel gefährdeter sind zu verarmen, als in
29 Westdeutschland. Kein Wunder, dass viele Menschen frustriert sind und ihnen die
30 Narrative der AfD einfache Erklärungsmuster bieten. Die Anhebung des
31 Mindestlohns ist nicht mal mehr ein Inflationsausgleich und fühlt sich so eher
32 wie ein schlechter Witz an. Wir fordern deshalb ein **sanktionsfreies**
33 **Bürger*innengeld**, das für ein Leben in Würde ausreicht - also deutlich höher als
alle bisherigen Pläne ausfällt.

34 **Niemand darf im Kalten sitzen!**

35 Die Entlastungspakete der Bundesregierung sind unzureichend. Es wird nicht
36 transparent, wann was wie genau kommen soll und dazu ist fraglich, ob die
37 Entlastungen auch tatsächlich die Personen real entlastet, die es wirklich
38 brauchen. Das bedeutet: Die Landesregierung muss dabei entschieden unterstützen
39 und Formen der Entlastung an die Bevölkerung bringen.

40 Menschen mit geringem Einkommen, Rentner*innen, Azubis, Student*innen,
41 Alleinerziehende und Menschen, die Grundsicherung beziehen, dürfen nicht im
42 Kalten sitzen - deswegen fordern wir ein **Moratorium für Strom- und Gassperren**.
43 Wir sehen die Landesregierung in der Verantwortung, dieses Menschenrecht in die
44 Realität umzusetzen: Stadtwerke und andere Energieversorger müssen einen
45 Rettungsschirm erhalten!

46 Das ist jedoch nur eine kurzfristige Lösung. Um einer Energiekrise auch in
47 Zukunft aus dem Weg zu gehen, müssen wir die **Energieversorgung sichern!** Unsere
48 Abhängigkeit von fossilen Energien ist der Grund für die steigenden
49 Energiepreise. Der beste Weg, um eine langfristige Energieversorgung
50 sicherzustellen, ist also ein massiver Ausbau der Erneuerbaren Energien.
51 Perspektivisch gehört die Energieversorgung in die öffentliche Hand. Wir
52 brauchen dezentrale Energieversorgung in Bürger*innenhand und keine längst
53 überholte Atomkraft, die uns nun schon wieder als Innovation verkauft werden
54 soll.

55 **Wohnen als Grundrecht!**

56 Moratorium schiebt es jedoch nur auf: Das bringt auch nichts, wenn Personen kein
57 Vermögen im Rücken haben und bspw. durch die Pandemie im Moment erwerbslos sind.

58 Auch in Sachsen-Anhalt werden die Mieten immer höher – Halle ist das neue
59 Leipzig ist das neue Berlin – das bedeutet vielleicht, dass LSA langsam
60 attraktiver wird, jedoch aber auch, dass sich Menschen ihre Mieten nicht mehr
61 leisten können und herausgeworfen werden – in Form von Zwangsräumungen oder
62 Kündigungen wie Kündigung für Eigenbedarf. Wir fordern, dass **Räumungen und**
63 **Kündigungen ausgesetzt werden und Mieten eingefroren werden müssen!** Wie soll man
64 sich auch noch eine Mieterhöhung leisten, wenn schon alles andere teurer wird
65 und eine simple Gurke plötzlich das Doppelte kostet?

66 **Rechtsextremen Narrativenentschieden entgegentreten!**

67 Zur Landtagswahl in Niedersachsen hat die AfD ihre Prozente im Vergleich zur
68 letzten Landtagswahl verdoppelt. Von etwa 11% können wir in Sachsen-Anhalt zwar
69 nur träumen, trotzdem können wir diese Entwicklung nicht still akzeptieren und
70 resignieren. Im vergangenen turbulenten Jahr hätten die Grundbedürfnisse der
71 Menschen konsequent priorisiert werden müssen, um den gesamtgesellschaftlichen
72 Zusammenhalt aufrechtzuerhalten. Während der Coronapandemie gelang das nicht
73 immer – Eltern wurden alleine gelassen, Menschen am Rand der Gesellschaft fielen
74 durchs Raster, der notwendige Ausbau der sozialen Infrastruktur und insbesondere
75 der psychischen Gesundheitsversorgung wurde ignoriert. Die AfD profitiert damit
76 von der Krise, da sie ein Gegenmodell zum Status Quo bietet, der attraktiv
77 klingt und einfach zu vermitteln ist. Dadurch ist sie sehr anschlussfähig. Das
78 wird sehr anschaulich bei Demonstrationen in Sachsen-Anhalt: Ob in Quedlinburg,
79 Halle oder Magdeburg - bei den Protesten von Querdenken, die sich inzwischen die
80 Energiekrise zu Eigen gemacht hat und sich als Verbündete von Putin verstehen,
81 sind bei Weitem mehr Demonstrant*innen als bei linken Protesten, die für echte
82 soziale Entlastungen auf die Straße gehen. Das kann so nicht weitergehen! **Die**
83 **AfD darf nicht weiter wachsen!**

84 Wir sagen: **Genug ist genug** und unterstützen dabei sowohl die Bundesorga aber
85 auch Ableger-Ortsgruppen in Sachsen-Anhalt, die ähnliche/gleiche
86 Ziele/Forderungen verfolgen. Alleine können wir nicht viel bewirken - nur
87 gemeinsam in Bündnissen können wir uns als Bewegung auf die Straße gehen und für
88 echte soziale Entlastungen kämpfen und dabei den Rechten den Wind aus den Segeln
89 nehmen!

90 Zudem braucht es in ländlichen Räumen mehr Beteiligungsmöglichkeiten und
91 Bildungsangebote, insbesondere für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.
92 Egal ob Jugendparlamente, Vereine oder Kulturangebote - der Unmut über die
93 Zustände bei jungen Menschen müssen wir in Aktionismus und Beteiligung lenken,
94 anstatt ihn in Frust und Enttäuschung übergehen zu lassen. So nehmen wir
95 Rechtspopulist*innen den Nährboden!

96 **Arbeitskampf heißt feministischer Kampf!**

97 Wir unterstützen und solidarisieren uns mit den Gewerkschaften im Deutschen
98 Gewerkschaftsbund (DGB) – sie kämpfen für fairere Löhne und angemessene
99 Tarifverträge, um die Beschäftigten finanziell zu stärken und damit krisenfest
100 zu machen. **Wir unterstützen die Gewerkschaften IG Metall, IG BCE, IG BAU, NGG**
101 **und ver.di** in den bestehenden und kommenden Arbeitskämpfen. Das bedeutet auch:
102 Höhere Löhne für alle! Wir unterstützen die Arbeiter*innen in ihren
103 Tarifverhandlungen.

104 In den vergangenen 1,5 Jahren Pandemie haben wir gesehen, wie essenziell unsere
105 Infrastruktur der Gesundheitsversorgung ist, damit die gesamte Gesellschaft
106 funktioniert. Dabei haben wir erneut schmerzlich feststellen müssen, dass
107 besonders Berufe in der Care-Arbeit schlecht bezahlt werden und die
108 Arbeitsbedingungen unfassbar prekär sind. Da Care-Arbeit vor allem von Frauen,
109 lesbischen, inter, trans* und agender Personen (FLINTA*) erledigt wird – ob
110 bezahlt oder unbezahlt – deckt dieses System einen weiteren Unterdrückungs- und
111 Ausbeutungsmechanismus des kapitalistischen Patriarchats auf. Wir kämpfen
112 gemeinsam für die gute Gesundheitsversorgung und gute Arbeitsbedingungen. Dafür
113 müssen **Krankenhäuser und andere Pflegeeinrichtungen zurück in die öffentliche**
114 **Hand**, um sich dem Profitzwang von privaten Trägern wie Aneos zu entziehen. Nur
115 so können wir gerechte Tarifverträge und faire Arbeitsbedingungen garantieren.

116 **Mobilität als Grundrecht für alle!**

117 Bahnfahren ist im Moment leider zu teuer – es kann sich nicht jede Person
118 leisten, mal einen kleinen Ausflug nach Leipzig oder Potsdam, nach Halle oder
119 Magdeburg zu machen. Was wir brauchen? Die Weiterführung des 9-Euro-Tickets und
120 massive Investitionen in Bus und Bahn! So werden Pendler*innen zielgerichtet
121 entlastet, mehr gesellschaftliche Teilhabe durch bezahlbare Mobilität ermöglicht
122 und es wird ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Das Grundrecht auf Mobilität
123 hin zu einem ticketlosen ÖPNV wird so Stück für Stück Realität. Bund und Land
124 müssen hier also eine **Nachfolgelösung zum Preis von 9 Euro im Monat** anbieten –
125 49 Euro sind einfach zu teuer! Das sind fast 600 Euro im Jahr! Außerhalb der
126 Städte muss der ÖPNV passend dazu massiv ausgebaut werden. Ziel ist eine
127 öffentlich organisierte Mobilität, die allen offen steht und zum Alltag passt.
128 Egal ob du in Halle oder Havelberg lebst und unabhängig von deinem Geldbeutel!

129 **Nur gemeinsam können wir es schaffen!**

130 Wir als GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt sagen: Genug ist genug! In den nächsten
131 Wochen und Monaten werden wir für eine soziale Krisenbewältigung kämpfen, Druck

132 auf die Landesregierung ausüben und für echte Entlastungen auf die Straße gehen.

133 (1) [https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-](https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61778/vermoegen-in-west-und-ostdeutschland-nach-alter/)
134 [deutschland/61778/vermoegen-in-west-und-ostdeutschland-nach-alter/](https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61778/vermoegen-in-west-und-ostdeutschland-nach-alter/)

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Krise? Solidarisch bewältigen! (modifizierte
Übernahme von Ä1 bis Ä8)

Antragstext

1 Wir stecken im Moment in einer der größten Überlappungen: Klimakrise,
2 Energiekrise, Wirtschaftskrise. Inflation, Aufsteigen rechtskonservativer
3 Kräfte. Pandemie, Fachkräftemangel und Pflegenotstand. Krieg und
4 Krisenideologie. Wir stecken inmitten einer angeblichen **Polykrise**, denn alles
5 bedingt sich gegenseitig und ist das Ergebnis des globalen Kapitalismus, der
6 seit etwa einem Jahrhundert das Weltgeschehen und unseren Alltag bestimmt. In
7 diesen Zeiten braucht es ganzheitliche, linke Antworten. Gleichzeitig ist die
8 gesellschaftliche Linke durch interne Konflikte und Spaltung nahezu
9 handlungsunfähig.

10 Viele Menschen wissen nicht, ob sie die nächste Gasrechnung noch bezahlen
11 können, ob sie bald aus der Wohnung geschmissen werden, oder ob sie sich noch
12 den nächsten Einkauf leisten können. Gleichzeitig entzieht die Klimakrise schon
13 jetzt immer mehr Menschen die Lebensgrundlage und Putin führt seinen
14 unmenschlichen Angriffskrieg gegen die Ukraine fort. Wir sind auch inmitten von
15 enorm großen Herausforderungen und müssen jetzt solidarische und gerechte
16 Antworten finden. Solidarisch mit der Ukraine, gerecht und entlastend für alle
17 und das auch mit Blick auf unsere Zukunft. Doch genau an dieser solidarischen
18 und gerechten Politik fehlt es an allen Ecken. Es liegt an uns für sie
19 einzutreten und beizutragen, die gesellschaftliche Linke als ganzes wieder
20 handlungsfähig zu machen.

21 In Ostdeutschland und Sachsen-Anhalt nehmen wir dabei eine Sonderrolle ein. Wir
22 leben in einem Bundesland mit extrem hoher Armutsquote - schon vor der
23 Inflation. Bereits 40% aller Deutschen haben keine Ersparnisse mehr. Dabei

24 müssen wir jedoch beachten, dass das durchschnittliche Vermögen der
25 Westdeutschen (ab 17 Jahren) im Jahr 2017 mit ca. 120.000 Euro mehr als doppelt
26 so hoch wie das der Ostdeutschen mit ca. 55.000 Euro lag. Im Jahr 2017 verfügten
27 die meisten jungen Erwachsenen (18 bis 25 Jahre) sowohl in West- als auch in
28 Ostdeutschland über geringe oder gar kein Vermögen. (1) Das bedeutet, dass
29 Menschen aus/in Ostdeutschland, insbesondere angesichts der steigenden
30 Inflationsraten, noch viel gefährdeter sind zu verarmen, als in Westdeutschland.
31 Es ist kein Wunder, dass diese Entwicklung immer mehr Menschen frustriert und
32 die von Rechten gebotenen unterkomplexen Erklärungsmuster und Feindbilder
33 zunehmend Anklang finden.. Sozialpolitische Maßnahmen, wie die Anhebung des
34 Mindestlohns oder das Bürgergeld sind kaum mehr als ein Inflationsausgleich und
35 fühlen sich wie ein schlechter Witz an. Es braucht Maßnahmen, die für ein Leben
36 in Würde ausreichen und sowohl kurz- als auch langfristig existenzen zuverlässig
37 sichern und soziale Ungleichheit abbauen.

38 **Niemand darf im Kalten sitzen!**

39 Die Entlastungspakete der Bundesregierung sind unzureichend und sozial
40 ungerecht. Die meisten Entlastungen werden nach dem Gießkannenprinzip verteilt.
41 Dabei kommt bei bedürftigen zu wenig an, während Reiche überproportional
42 entlastet werden. Gleichzeitig ist die genaue Umsetzung vieler Maßnahmen
43 intransparent.

44 Das bedeutet: Die Landesregierung muss endlich Formen der Entlastung an die
45 Teile der Bevölkerung liefern, die sie wirklich brauchen.

46 Menschen mit geringem Einkommen, Rentner*innen, Azubis, Student*innen,
47 Alleinerziehende und Menschen, die Grundsicherung beziehen, dürfen nicht im
48 Kalten sitzen - deswegen fordern wir ein **Moratorium für Strom- und Gassperren**.
49 Wir sehen die Landesregierung in der Verantwortung, sicherzustellen, dass
50 niemand in menschenunwürdigen Bedingungen leben muss. Dafür müssen Stadtwerke
51 und andere Energieversorger einen Rettungsschirm erhalten!

52 Das ist jedoch nur eine kurzfristige Lösung. Um einer Energiekrise auch in
53 Zukunft aus dem Weg zu gehen, müssen wir die **Energieversorgung sichern!** Unsere
54 Abhängigkeit von fossilen Energien ist der Grund für die steigenden
55 Energiepreise und zerstört gleichzeitig unsere Lebensgrundlage. Der beste Weg,
56 um eine langfristige und nachhaltige Energieversorgung sicherzustellen, ist also
57 ein massiver Ausbau der Erneuerbaren Energien. Perspektivisch gehört die
58 Energieversorgung in die öffentliche Hand. Wir brauchen dezentrale
59 Energieversorgung in Bürger*innenhand. Weitere Privatisierung der
60 Energieversorgung aufgrund der aktuellen Krisensituation muss ausgeschlossen
61 werden!

62 **Wohnen als Grundrecht!**

63 Ein Moratorium hilft nicht, wenn man die eigene Wohnung verliert, weil man sie
64 sich nicht mehr leisten kann. Auch in Sachsen-Anhalt werden die Mieten immer
65 höher – Halle ist das neue Leipzig ist das neue Berlin – das bedeutet
66 vielleicht, dass LSA langsam attraktiver wird. Andererseits bedeutet es,
67 besonders im Kontext mit den Teuerungen bei Lebensmitteln, Nebenkosten uvm.,
68 dass immer mehr Menschen ihre Mieten nicht mehr bezahlen können. Wir fordern,
69 **die Aussetzung von Kündigungen und Zwangsräumungen!** Außerdem müssen die Mieten
70 vorübergehend eingefroren werden.

71 **Rechtsextremen Narrativenentschieden entgegentreten!**

72 Zur Landtagswahl in Niedersachsen hat die AfD ihre Prozente im Vergleich zur
73 letzten Landtagswahl verdoppelt. Von etwa 11% können wir in Sachsen-Anhalt zwar
74 nur träumen, trotzdem können wir diese Entwicklung nicht still akzeptieren und
75 resignieren. Im vergangenen turbulenten Jahr hätten die Grundbedürfnisse der
76 Menschen konsequent priorisiert werden müssen, um den gesamtgesellschaftlichen
77 Zusammenhalt aufrechtzuerhalten. Während der Coronapandemie gelang das nicht
78 immer – Eltern wurden alleine gelassen, Menschen am Rand der Gesellschaft fielen
79 durchs Raster, die Erhaltung und der dringend notwendige Ausbau der sozialen
80 Infrastruktur, bspw. der psychischen Gesundheitsversorgung, wurde ignoriert. Die
81 AfD profitiert davon besonders im Zusammenhang mit der Krise, da sie ein
82 Gegenmodell zum Status Quo bietet, das besonders für Menschen, die um ihre
83 Existenz bangen, attraktiv klingt und einfach zu vermitteln ist. Wie
84 Anschlussfähig sie dadurch ist, wird sehr anschaulich bei Demonstrationen in
85 Sachsen-Anhalt: Ob in Quedlinburg, Halle oder Magdeburg - bei den Protesten von
86 Querdenken und vergleichbaren Initiativen mit Verbindungen zur AfD, die sich
87 inzwischen die Energiekrise zu Eigen gemacht hat und sich als Verbündete von
88 Putin verstehen, sind bei Weitem mehr Demonstrant*innen als bei linken
89 Protesten, die für echte soziale Entlastungen auf die Straße gehen. Das kann so
90 nicht weitergehen! **Die AfD darf nicht weiter wachsen!**

91 Wir sagen: **Genug ist genug** und unterstützen dabei sowohl die Bundesinitiative
92 aber auch Ableger-Ortsgruppen in Sachsen-Anhalt, die ähnliche/gleiche
93 Ziele/Forderungen verfolgen. Alleine können wir nicht viel bewirken - nur
94 gemeinsam in Bündnissen können wir uns als Bewegung auf die Straße gehen und für
95 echte soziale Entlastungen kämpfen und dabei den Rechten den Wind aus den Segeln
96 nehmen!

97 Zudem braucht es in ländlichen Räumen mehr Beteiligungsmöglichkeiten und
98 Bildungsangebote, insbesondere für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.
99 Egal ob Jugendparlamente, Vereine oder Kulturangebote - der Unmut über die

100 Zustände bei jungen Menschen müssen wir in Aktivismus und Beteiligung lenken,
101 anstatt ihn in Frust und Enttäuschung übergehen zu lassen. So nehmen wir
102 Rechtspopulist*innen den Nährboden!

103 **Umverteilung von oben nach unten!**

104 Die soziale Ungleichheit wächst in Deutschland schon seit Jahrzehnten. Die
105 aktuellen Krisen wirken als Katalysatoren für diese Entwicklung. Während
106 hunderttausende Arbeitnehmer*innen aufgrund der Coronapandemie in Kurzarbeit
107 geschickt wurden und viele Selbstständige Sozialhilfe beantragen mussten,
108 machten Konzerne Rekordgewinne.

109 Während die Kaufkraft einer großen Mehrheit der Bevölkerung durch die Inflation
110 rapide abnimmt, steigen die Gehälter von Dax-Managern um durchschnittlich 25%.
111 Zwei Familien haben mittlerweile so viel Vermögen, wie 42 Millionen deutsche
112 Zusammen.

113 Auch diese Entwicklung trägt zu Perspektivlosigkeit und Frustration in großen
114 Teilen der Bevölkerung und damit zum Erstarken rechter und konservativer Kräfte
115 bei. Sie ist ungerecht und keine Gesellschaft kann sie langfristig überstehen.
116 Es ist höchste Zeit sie umzukehren und von oben nach unten unzuverteilen!

117 Neben einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes in Verbindung mit einer höheren
118 Einkommensgrenze fordern wir die **Einführung einer Vermögenssteuer** auf Vermögen
119 ab 1 Mio € bei natürlichen und 5 Mio € bei juristischen Personen.

120 Insbesondere hohe Erbschaften perpetuieren sozioökonomische Ungleichheiten.
121 Heute wird so viel vererbt wie noch nie. Gleichzeitig ist die Erbschaftssteuer
122 so leicht zu umgehen, dass vor allem Reiche meist kaum welche zahlen. Es braucht
123 also zusätzlich eine funktionierende und höhere **Erbschaftssteuer!**

124 Reiche sind die Hauptverursacher der Klimakrise und haben in den vergangenen
125 Krisenjahren besonders von staatlichen Hilfen profitiert. Um als Gesellschaft
126 solidarisch durch die Krise zu kommen und die sozial-ökologische Transformation
127 voranzubringen, müssen sie einen Teil zurückgeben. Daher fordern wir eine
128 Vermögensabgabe für die obersten 1%.

129 Um soziale Ungerechtigkeit abzubauen, reicht es nicht, nur Reiche zu besteuern.
130 Daher müssen diese Maßnahmen mit höheren Löhnen für die untere Hälfte der
131 Gesellschaft und höheren Sozialhilfen einhergehen.

132 **Arbeitskampf heißt feministischer Kampf!**

133 Wir solidarisieren uns mit **den Gewerkschaften IG Metall, IG BCE, IG BAU, NGG,**
134 **GEW und ver.di und unterstützen sie** in den bestehenden und kommenden
135 Arbeitskämpfen. Sie kämpfen für fairere Löhne und angemessene Tarifverträge, um
136 die Beschäftigten finanziell zu stärken und krisenfest zu machen. Das bedeutet
137 auch: Höhere Löhne für alle!

138 In den vergangenen 1,5 Jahren Pandemie haben wir gesehen, wie essenziell
139 systemrelevante Infrastruktur der Gesundheitsversorgung ist, damit die gesamte
140 Gesellschaft funktioniert. Dabei haben wir erneut schmerzlich feststellen
141 müssen, dass besonders solche Berufe in der Care-Arbeit schlecht bezahlt werden
142 und die Arbeitsbedingungen unzumutbar prekär sind. Da Care-Arbeit vor allem von
143 Frauen, lesbischen, inter, trans* und agender Personen (FLINTA*) erledigt wird –
144 ob bezahlt oder unbezahlt – deckt dieses System einen weiteren Unterdrückungs-
145 und Ausbeutungsmechanismus des kapitalistischen Patriarchats auf. Wir kämpfen
146 gemeinsam für die gute Gesundheitsversorgung und gute Arbeitsbedingungen. Dafür
147 müssen **Krankenhäuser und andere Pflegeeinrichtungen zurück in die öffentliche**
148 **Hand**, um sich dem Profitzwang von privaten Trägern wie Aneos zu entziehen.

149 **Mobilität als Grundrecht für alle!**

150 Bahnfahren ist im Moment leider zu teuer – es kann sich nicht jede Person
151 leisten, mal einen kleinen Ausflug nach Leipzig oder Potsdam, nach Halle oder
152 Magdeburg zu machen. Was wir brauchen? Die Weiterführung des 9-Euro-Tickets und
153 massive Investitionen in Bus und Bahn! So werden Pendler*innen zielgerichtet
154 entlastet, mehr gesellschaftliche Teilhabe durch bezahlbare Mobilität ermöglicht
155 und es wird ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Das Grundrecht auf Mobilität
156 hin zu einem ticketlosen ÖPNV wird so Stück für Stück Realität. Bund und Land
157 müssen hier also eine **Nachfolgelösung zum Preis von 9 Euro im Monat** anbieten –
158 49 Euro sind einfach zu teuer! Das sind fast 600 Euro im Jahr! Insbesondere
159 außerhalb der Städte muss der ÖPNV passend dazu massiv ausgebaut werden. Ziel
160 ist eine öffentlich organisierte Mobilität, die allen offen steht und zum Alltag
161 passt. Egal ob du in Halle oder Havelberg lebst und unabhängig von deinem
162 Geldbeutel!

163 **Nur gemeinsam können wir es schaffen!**

164 Wir als GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt sagen: Genug ist genug! In den nächsten
165 Wochen und Monaten werden wir für eine soziale Krisenbewältigung kämpfen, Druck
166 auf die Landesregierung ausüben und für echte Entlastungen auf die Straße gehen.

167 (1) [https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-](https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61778/vermoegen-in-west-und-ostdeutschland-nach-alter/)
168 [deutschland/61778/vermoegen-in-west-und-ostdeutschland-nach-alter/](https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61778/vermoegen-in-west-und-ostdeutschland-nach-alter/)

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand Grüne Jugend Sachsen-Anhalt (dort beschlossen am: 24.10.2022)

Titel: genderpolitische*r Sprecher*in statt Frauen- und genderpolitische*r Sprecher*in

Antragstext

1 Unter § 6 (2) wird „Frauen – und genderpolitische*r Sprecher*in“ durch
2 „genderpolitische*r Sprecher*in“ ersetzt.

3 Die Änderungen unter § 6 sind folgende:

4 § 6 Landesvorstand

5 (2) Er setzt sich aus acht gleichberechtigten Mitgliedern zusammen: zwei
6 Sprecher*innen, ein*e Schatzmeister*in, ein*e politische*r Geschäftsführer*in
7 und vier Beisitzer*innen. Der*die zuerst gewählte Besitzer*in übernimmt das Amt
8 des*der genderpolitischen Sprecher*in. Gewählt werden können Mitglieder des
9 Landesverbands Sachsen-Anhalt.

Begründung

Der Begriff „gender“ bezieht sich auf das soziale Geschlecht und die daraus entstehenden gesellschaftlichen Geschlechterrollen. Die*der genderpolitische*r Sprecher*in setzt sich für die Belange von Menschen ein, die aufgrund ihres sozialen Geschlechts Diskriminierung erfahren. Dazu zählen zu einem Großteil Frauen aber auch andere Menschen (z.B. nicht-binäre Personen oder trans Männer). Kurze Titel und Amtsbezeichnungen machen unsere Strukturen zugänglicher. Auch deshalb möchten wir die*den zuerst gewählten Beisitzer*in von nun an „genderpolitische*r Sprecher*in“ nennen.

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 28.10.2022)

Titel: Änderungen zu Finanzen der Ortsgruppen

Antragstext

Änderung Satzung

§9 Ortsgruppen

3. [neu] Die Ortsgruppen regeln in ihrer Satzung, ob sie selbst finanzautonom agieren oder sich finanziell dem Landesverband eingliedern. Im zweiten Fall bekommen die Ortsgruppen über den Haushaltsplan ein Budget zur eigenverantwortlichen Verwendung, wenn sie dem Landesvorstand ein kurzes Haushaltskonzept vorlegen. Bei der Verteilung des Zuschusses an die Ortsgruppen, wird den Ortsgruppen ein Mitspracherecht eingeräumt, das in der Finanzordnung geregelt wird.

Änderung Finanzordnung

§2 Haushalt

(2) [neu] Im Haushaltsplan ist für die einzelnen Ortsgruppen ein Zuschuss eingeplant, wenn diese dem Landesvorstand ein kurzes Haushaltskonzept vorlegen. Vor der Einreichung des Haushaltsplans, findet eine gemeinsamen Finanzbesprechung zwischen Ortsvorstandsmitgliedern, Schatzmeister*in und weiteren Landesvorstandsmitgliedern statt. In dieser wird über die Verteilung des Zuschusses an die Ortsgruppen verhandelt.

Begründung

Mit einem Beschluss des Bundeskongress zur Strukturreform wurde den Ortsgruppen Finanzautonomie eingeräumt. Diese verankern wir hiermit in unserer Satzung. Da die Finanzautonomie mit hohem organisatorischem Aufwand verbunden ist, ermöglichen wir den Ortsgruppen auch in Zukunft sich finanziell in den Landesverband einzugliedern und ein eigenverantwortlich verwaltetes Budget zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Die Höhe des Zuschusses an die Ortsgruppen durch den Landesverband soll in Zukunft an ein kurzes Haushaltskonzept dieser geknüpft werden. In diesem Jahr hat sich gezeigt, dass der im Haushaltsplan des Landesverbands vorgesehene Zuschuss insbesondere für größere Ortsgruppen nicht ausreicht und diese leicht den Überblick über ihre Finanzen verlieren können. Ein vorgelegtes Konzept soll in Zukunft dabei helfen, eine passende Summe vergeben zu können, die sinnvoll eingesetzt wird. Weiterhin hilft es den Ortsgruppen dabei, ihre Finanzen zu strukturieren. Dabei wird natürlich berücksichtigt, dass sich in Ortsgruppen schnell Veränderungen einstellen können.

Die Zuschüsse an die Ortsgruppen betragen ca. 50% der Ausgaben für Bildungsarbeit und Aktionen des Landesverbands. Um dieser Stellung gerecht zu werden, sollen die Ortsgruppen ein Mitspracherecht bei der Verteilung der Zuschüsse bekommen. Dieses wird durch eine Finanzbesprechung umgesetzt, in der gemeinsam über die Verteilung diskutiert wird und möglichst ein Konsens gefunden wird.

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand Grüne Jugend Sachsen-Anhalt (dort beschlossen am: 27.10.2022)

Titel: Wiederwahlregelung

Antragstext

1 §6 Landesvorstand

2 Der Landesvorstand (LaVo) führt die laufenden Geschäfte des Landesverbandes im
3 Rahmen der Satzung und der Beschlüsse der Landesmitgliederversammlung.

4 Es soll ergänzt werden:

5 Der Landesvorstand wird auf der Landesmitgliederversammlung auf ein Jahr
6 gewählt; Wiederwahl ist möglich. Ab einer möglichen Wiederwahl nach **drei**
7 **Amts Jahren** in Folge im gleichen Amt benötigt der*die Kandidat*in mindestens **2/3**
8 der abgegebenen Stimmen. Ab dem dritten Wahlgang reicht eine einfache Mehrheit.

Begründung

Wir möchten mit euch über eine Wiederwahlregelung debattieren! Dabei finden wir eine strikte Amtszeitbegrenzung in einem strukturschwachen Landesverband wie Sachsen-Anhalt nicht sinnvoll. Mit der Zwei-Drittel-Mehrheit ist Menschen auch nach drei Jahren noch die Möglichkeit gegeben, das gleiche Amt im Landesvorstand fortzuführen. Dafür braucht es jedoch auch starken Rückhalt aus der Basis. Eine Wiederwahlregelung generell einzuführen, erachten wir als Landesvorstand für sinnvoll. Auch, wenn wir im Moment kein akutes Problem damit haben, kann es sein, dass es in Zukunft auftreten könnte. Um für diesen Moment bereits gewappnet zu sein, stellen wir diesen Satzungsänderungsantrag.

S4

Antrag

Initiator*innen: Niklas Peine (LV Grüne Jugend Sachsen-Anhalt)

Titel: **Beschlüsse und Protokolle in die Grüne Wolke
NEU**

Antragstext

1 Folgender Satzungsänderungsantrag soll als Dringlichkeitsantrag beschlossen
2 werden:

3 §10 5. wird wie folgt ergänzt:

4 Protokolle und Beschlüsse von Landesmitgliederversammlungen sind innerhalb von 4
5 Wochen in der Grünen Wolke mitgliederöffentlich zu hinterlegen.

Begründung

Begründung der Dringlichkeit und inhaltliche Begründung erfolgen mündlich.

S4alt

Antrag

Initiator*innen: Niklas Peine (LV Grüne Jugend Sachsen-Anhalt)

Titel: Beschlüsse und Protokolle in die Grüne Wolke

Antragstext

- 1 §10 5. wird wie folgt ergänzt:
- 2 Protokolle und Beschlüsse von Landesmitgliederversammlungen sind innerhalb von 4
- 3 Wochen in der Grünen Wolke mitgliederöffentlich zu hinterlegen.

Begründung

erfolgt mündlich